

# **Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und faire Arbeit – Positionen und Perspektiven von Gewerkschaftern im BSW**

---

Die soziale Schieflage in Deutschland verschärft sich zunehmend. Über 13 Millionen Menschen leben in Deutschland unterhalb der Armutsgrenze – in Sachsen-Anhalt betrifft dies mittlerweile mehr als jede fünfte Person. Steigende Lebenshaltungskosten, stagnierende Löhne und unsichere Arbeitsverhältnisse verschärfen die soziale Spaltung. Gleichzeitig sinkt die Tarifbindung, Betriebsräte werden behindert, und grundlegende Arbeitnehmerrechte wie das Streikrecht geraten unter Druck. In dieser Situation ist eine starke, soziale Interessenvertretung notwendiger denn je.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) setzt sich deshalb für gute Löhne, sichere Arbeitsbedingungen und eine gerechte Verteilung von Chancen und Lasten ein. Dabei ist klar: Soziale Gerechtigkeit kann nur gemeinsam mit den Gewerkschaften erreicht werden. Ziel dieses Positionspapiers ist es daher, gemeinsame Positionen zu erarbeiten, sie mit den Gewerkschaften zu diskutieren und politische Schnittmengen herauszustellen.

Ein Schulterschluss zwischen BSW und den Gewerkschaften soll dazu beitragen, soziale Leitplanken neu zu setzen und politische Einflussmöglichkeiten zu bündeln. Nur mit gemeinsamer Stimme lassen sich zentrale Forderungen, wie ein existenzsichernder Mindestlohn, der Ausbau der Tarifbindung, die Sicherung des Streikrechts und der Schutz vor Ausbeutung wirkungsvoll vertreten. Vor dem Hintergrund wachsender Ungleichheit, eines wachsenden Reformstaus im Gesundheits- und Pflegesystem sowie der Herausforderungen durch Strukturwandel und Energiekosten ist entschlossenes und koordiniertes Handeln erforderlich. Dieses Papier mit 13 Forderungen sehen wir als einen ersten Schritt für eine gemeinsame Zusammenarbeit – für soziale Sicherheit, wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit und ein starkes Sachsen-Anhalt.

## **1. Wer arbeitet, darf nicht arm sein, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen**

Ein existenzsichernder Mindestlohn 15 Euro ist ein zentrales Instrument im Kampf gegen die Erwerbsarmut. Seit seiner Einführung hat der gesetzliche Mindestlohn spürbare Verbesserungen gebracht. Löhne im unteren Einkommensbereich sind gestiegen. Der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor ist zurückgegangen. Trotzdem bleibt weiterhin dringender Handlungsbedarf: Rund 20 Prozent der Einkommensarmen sind erwerbstätig. Ihr Lohn reicht nicht aus, um die Armutsschwelle zu überschreiten. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bleibt für viele unerreichbar.

Das BSW setzt sich deshalb für einen existenzsichernden Mindestlohn ein. Er muss sich an den europaweiten Vorgaben der EU-Mindestlohnrichtlinie orientieren. Dazu gehört eine Untergrenze von 60 Prozent des Median-Einkommens. Wir wollen sachgrundlose Befristungen abschaffen und Kettenbefristungen verhindern. Befristungen mit und ohne Sachgrund, wie im Wissenschaftszeitvertragsgesetz sollen deutlich eingeschränkt werden. Zugleich setzen wir uns für klare gesetzliche Regelungen gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit ein. Ziel ist, faire und sichere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Minijobs wollen wir schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen. Auch im Bereich der Midijobs sollen die Rahmenbedingungen überprüft und angepasst werden.

# **Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und faire Arbeit – Positionen und Perspektiven von Gewerkschaftern im BSW**

---

## **2. Tarifbindung erhöhen, soziale Leitplanken erneuern**

Tarifbindung ist kein Selbstzweck. Sie ist ein zentrales Instrument für mehr Gerechtigkeit, faire Wettbewerbsbedingungen und eine stabile Arbeitswelt. Tarifverträge garantieren gerechte Löhne, sichere Arbeitsbedingungen und klare Perspektiven für Beschäftigte. Sie sorgen für Verlässlichkeit am Arbeitsmarkt und stärken die soziale Stabilität. Doch die Tarifbindung in Deutschland sinkt seit Jahren und das mit weitreichenden Folgen für Millionen Beschäftigte.

Die Gewerkschafter im BSW fordern deshalb ein wirksames Bundestariftreuegesetz. Öffentliche Aufträge und Fördermittel dürfen künftig nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden. Diese Regelung gilt in Teilen bereits in Sachsen-Anhalt, muss jedoch bundesweit einheitlich eingeführt und auf alle Branchen ausgeweitet werden, wie etwa auf den Gesundheitsbereich. Zusätzlich müssen Tarifverträge leichter für ganze Branchen für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Nur so lässt sich verhindern, dass Unternehmen Beschäftigte in tariflose Tochtergesellschaften auslagern, um Löhne zu drücken und Standards zu unterlaufen.

Außerdem fordert das BSW die Bundesregierung auf, die Vorgaben der EU-Mindestlohnrichtlinie konsequent umzusetzen. Dazu gehört ein verbindlicher Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen zur Erhöhung der Tarifbindung, wenn sie, wie aktuell unter der Schwelle von 80 Prozent liegt.

## **3. Mitbestimmung sichern, Arbeitnehmervertretungen stärken**

Wenn sich die Wirtschaft wandelt, darf die Stimme der Beschäftigten nicht verstummen. Gerade in Zeiten tiefgreifender Veränderungen braucht es starke Betriebsräte. Sie sind das Rückgrat demokratischer Mitbestimmung im Betrieb und ein wichtiger Kompass für soziale Verantwortung. Betriebsräte bringen die Perspektiven der Beschäftigten ein und geben Orientierung im Wandel. Wo ihre Mitwirkung gelingt, wächst Vertrauen. Ein offenes, innovatives Klima entsteht, von dem Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen profitieren. Doch vielerorts wird die Mitbestimmung geschwächt oder behindert.

Das BSW fordert deshalb klare Regeln: Die Gründung von Betriebsräten muss erleichtert und ihre Arbeit konsequent geschützt werden. Wer eine Wahl initiiert, braucht verlässlichen Kündigungsschutz. Arbeitgeber, die Betriebsräte systematisch ausbremsen, müssen stärkere strafrechtliche Konsequenzen tragen, etwa indem eine solche Behinderung strafrechtlich als Offizialdelikt eingestuft wird.

Zudem setzen wir uns dafür ein, rechtliche Schlupflöcher zu schließen, etwa bei den Umgehungen des Mitbestimmungsrechts durch die Umwandlung in eine Europäische Aktiengesellschaft. Mitbestimmung darf kein Auslaufmodell sein. Sie ist der Schlüssel zu fairer Arbeit in einer sich wandelnden Wirtschaft.

## **4. Hände weg vom Streikrecht**

Das Streikrecht ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Es ist kein Privileg, sondern ein hart erkämpftes Recht, verankert im Grundgesetz durch die Koalitionsfreiheit. Wer streikt, erhebt die Stimme für bessere Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne und soziale Sicherheit. Ohne Streikrecht sind Tarifverhandlungen nur kollektives Betteln.

Die Gewerkschafter im BSW stehen klar zum bestehenden Streikrecht. Wir lehnen alle Versuche ab, dieses Recht zu schwächen oder einzuschränken. Ein Streikverbot durch

## **Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und faire Arbeit – Positionen und Perspektiven von Gewerkschaftern im BSW**

---

die Hintertür ist kein Ausgleichsangebot, sondern eine einseitige Entwaffnung der Arbeitnehmerseite.

Auch in Bereichen der Daseinsvorsorge gilt: Das Streikrecht darf nicht relativiert werden. Wer gute öffentliche Dienstleistungen will, muss faire Arbeitsbedingungen ermöglichen und das heißt auch: das Recht, dafür zu kämpfen.

### **5. Arbeitszeitgesetz erhalten, Beschäftigte vor Überlastung schützen**

Das BSW setzt sich für verlässliche Arbeitszeiten und den Erhalt gesetzlicher Schutzregelungen ein. Die tägliche Höchstarbeitszeit durch eine wöchentliche Obergrenze zu ersetzen, halten wir für den falschen Weg. Denn eine Umstellung auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit birgt das Risiko steigender Arbeitsbelastung und unbezahlter Überstunden. Lange Arbeitszeiten erschweren darüber hinaus die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere für Eltern, Alleinerziehende und Pflegende.

Auch hier fordern die Gewerkschafter im BSW: Die tägliche Höchstarbeitszeit von acht Stunden muss bleiben. Sie schützt die Gesundheit und schafft Sicherheit im Alltag. Auch Ruhezeiten sind kein Luxus. Sie sind notwendig für Konzentration, Wohlbefinden und die Qualität der Arbeit.

Gleichzeitig wissen wir: Die Arbeitswelt verändert sich. Flexiblere Modelle sind sinnvoll, wenn sie auch den Beschäftigten zugutekommen. Wichtig ist, dass die Regeln klar bleiben. Ein gesetzlicher Anspruch auf Homeoffice oder Telearbeit kann neue Spielräume schaffen, ohne Schutzstandards aufzuweichen. So lassen sich Familie und Beruf besser unter einen Hut bringen.

### **6. Gemeinsam für ein starkes Gesundheitswesen**

Gesundheit darf kein Luxus sein. Sie ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und ein Grundrecht für alle. Eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung muss überall verfügbar und für jede und jeden zugänglich sein, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort. Dazu braucht es stabile Strukturen, verlässliche Finanzierung und vor allem: ausreichend Personal. Wer Menschen versorgt, muss selbst gut abgesichert sein. Pflegekräfte, medizinisches Personal und therapeutische Fachkräfte tragen die Verantwortung für unser aller Gesundheit. Ihre Arbeitsbedingungen müssen verbessert, ihre Arbeitszeit planbar und ihr Einsatz fair bezahlt werden. Nur so kann gute Versorgung dauerhaft gelingen.

Die Finanzierung des Gesundheitssystems muss solidarisch und gerecht sein. Wer mehr verdient, sollte auch mehr beitragen. Gleichzeitig darf die Last nicht allein bei den Versicherten liegen. Arbeitgeber, Staat und Versicherte müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Beitragserhöhungen dürfen nicht einseitig zulasten einzelner Gruppen gehen. Auch eine effizientere Organisation, etwa durch eine Reduzierung der sogenannten "Wasserköpfe", kann Kosten senken, ohne die Qualität zu gefährden. Das BSW spricht sich deshalb für eine Vereinheitlichung der Kassenleistungen und deren Zusammenlegung aus.

Wir wollen den Blick stärker auf Vorsorge und Prävention richten. Wer gesund bleibt, entlastet das System und gewinnt an Lebensqualität. Öffentliche Investitionen in Präventionsangebote, wohnortnahe Versorgung und eine gute Infrastruktur sind daher entscheidend. Das BSW Sachsen-Anhalt setzt sich daher gegen die Schließung von Krankenhäu-

# **Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und faire Arbeit – Positionen und Perspektiven von Gewerkschaftern im BSW**

---

sein ein. Eine verlässliche Daseinsvorsorge braucht gut ausgestattete Gesundheitsfachkräfte: Medizin- und Psychotherapie-Ausbildungsplätze müssen ausgeweitet werden, und Pflegekräfte benötigen faire Bezahlung und ausreichende Kapazitäten. Auf Landesebene kann ein verbindliches Tariftreuegesetz für Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen hierfür sorgen. Auf Bundesebene sollten Flächentarifverträge nach dem Vorbild des TVöD eingeführt werden. So werden faire Arbeitsbedingungen gesichert. Gleichzeitig sprechen wir uns klar gegen eine zunehmende Privatisierung im Gesundheitswesen aus. Eine Zwei-Klassen-Medizin darf es nicht geben. Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge und kein Geschäftsmodell. Ein solidarisch finanzierter Zugang für alle ist die Grundlage für ein faires und stabiles Gesundheitssystem. Zudem setzen wir uns für die Abschaffung der Uhrzeitumstellung ein.

## **7. Pflege solidarisch absichern, für ein starkes System im Alltag**

Eine gute Pflege beginnt mit einem verlässlichen Fundament. Die Pflegeversicherung muss so aufgestellt sein, dass sie den steigenden Bedarf an Pflege auch in Zukunft abdeckt. Sie muss allen Menschen Sicherheit bieten – im Alter, bei Krankheit und in schwierigen Lebensphasen. Dafür braucht es eine stabile, solidarische Finanzierung, bei der alle nach ihrer Leistungsfähigkeit beitragen. Eine einseitige Belastung der Versicherten lehnen wir ab. Der Staat muss sich stärker an der Finanzierung beteiligen, um Pflege bezahlbar zu halten – für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen.

Besonders wichtig ist: Heimkosten dürfen pflegebedürftige Menschen nicht in die Armut treiben. Auch Angehörige dürfen nicht überfordert werden. Es braucht klare Regeln, wie viel zumutbar ist. Sparkonten dürfen nicht automatisch aufgebraucht werden müssen.

Gute Pflege gelingt nur mit motivierten Fachkräften. Pflegekräfte verdienen faire Löhne, verlässliche Arbeitszeiten und bessere Bedingungen im Berufsalltag. Dazu gehört auch, Beruf und Familie vereinbaren zu können. Nur so lassen sich mehr Menschen für die Pflege gewinnen – und im Beruf halten.

Auch die Qualität der Pflege muss mitwachsen. Dafür braucht es bessere Ausbildung, mehr Weiterbildung und mehr Anerkennung für den Beruf. Wer pflegt, leistet einen zentralen Beitrag für unsere Gesellschaft. Das muss sich auch zeigen – in Wertschätzung und Arbeitsbedingungen. Das BSW fordert eine Pflegevollversicherung, die überwiegend aus Steuermitteln finanziert wird. Eine würdige Pflege im Alter darf keine Frage des Geldes sein.

## **8. Rente, die trägt – heute und in Zukunft**

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter gut abgesichert sein. Die gesetzliche Rente ist das Fundament dafür. Sie darf kein Spielball von Sparmaßnahmen sein, sondern muss den Lebensstandard sichern – heute und morgen.

Damit die Rente verlässlich bleibt, braucht es eine stabile Finanzierung. Die Beiträge sollten gerecht verteilt werden. Alle, die arbeiten, zahlen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit ein. Der Staat trägt Verantwortung, die Arbeitgeber auch. Gleichzeitig müssen Lücken geschlossen werden. Wir fordern deshalb, dass versicherungsfremde Leistungen steuerfinanziert und nicht über die Rentenkasse getragen werden.

Die Renten müssen mit der Lebensrealität Schritt halten. Steigende Preise dürfen im Ruhestand nicht zur Bedrohung werden. Eine regelmäßige Anhebung oberhalb der Inflationsrate hilft, Altersarmut zu vermeiden. Niemand soll im Alter jeden Cent umdrehen

## **Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und faire Arbeit – Positionen und Perspektiven von Gewerkschaftern im BSW**

---

müssen. Wir setzen uns für Reformen ein, die die Rente zukunftsfest machen. Dazu gehört der Verzicht auf Kürzungen bei Frühverrentung und die Einführung einer Mindestrente von 1.500 Euro nach 40 Beitragsjahren. Wir fordern Renten bis 2.000 Euro von der Steuer zu befreien und das Rentenniveau auf mindestens 75 Prozent des im Arbeitsleben erzielten Nettoeinkommens anzuheben. Das Renteneintrittsalter weiter zu erhöhen, erteilen wir eine klare Absage, weil es einer Rentenkürzung gleichkommt. Wer eine Ausbildung macht, verdient Anerkennung, auch in der Rente. Schulische Berufsausbildungen dürfen nicht leer ausgehen. Auch Zeiten von Erwerbsminderung oder Pflege müssen fair angerechnet werden. Das BSW befürwortet ein Rentensystem nach dem österreichischen Modell mit einer Erwerbstätigenversicherung für alle, auch für Beamte, Politiker und Selbstständige. Wer heute gut arbeitet, sichert sich morgen eine gute Rente. Dafür braucht es faire Löhne, gesunde Arbeitsbedingungen und Chancen auf längere Erwerbstätigkeit. Die Grundlage einer sicheren Rente entsteht im Arbeitsleben.

### **9. Gerechtes Steuersystem, Steuerprivilegien kippen**

Eine gerechte Gesellschaft lebt davon, dass jeder seinen Beitrag leistet – nicht nach Herkunft oder Vermögen, sondern nach Leistungsfähigkeit. Doch in Deutschland wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. Während große Vermögen von Steuerprivilegien profitieren, tragen viele mit geringem Einkommen einen überproportional hohen Anteil zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Diese Schieflage untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und muss korrigiert werden.

Ein fair gestaltetes Steuersystem ist dafür der Schlüssel. Wer mehr hat, soll mehr beitragen. Deshalb braucht es eine progressive Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen. Einkommen unter 2.000 Euro sollten steuerfrei sein. So lassen sich soziale Ungleichgewichte abbauen und echte Teilhabe ermöglichen.

Gleichzeitig muss sich Arbeit lohnen. Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen schaffen nicht nur Sicherheit, sondern auch die Grundlage für ein solidarisches Miteinander. Nur wenn Menschen von ihrer Arbeit leben können, stärken wir den sozialen Zusammenhalt und sichern die Zukunft des Gemeinwesens.

Doch nicht nur Einzelne, auch große Konzerne müssen Verantwortung übernehmen. Wenn internationale Unternehmen durch Steuerschlupflöcher ihre Abgaben minimieren, geht das Vertrauen in Politik und Rechtsstaat verloren. Jährlich entgehen dem Staat durch die zehn größten Steuerprivilegien für Superreiche rund 80 Milliarden Euro. Diese Summe fehlt an anderer Stelle – in Schulen, Krankenhäusern, beim sozialen Wohnungsbau. Ein transparentes, gerechtes Steuersystem ist daher unerlässlich.

Dringenden Reformbedarf sehen wir auch bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer. In Deutschland erben nur rund 30 Prozent überhaupt nennenswerte Summen. Die Mehrheit geht leer aus. Gleichzeitig entfallen auf nur 0,03 Prozent der Erbenden riesige Vermögen von 20 Millionen Euro oder mehr. Doch gerade diese größten Vermögen werden durch gesetzliche Ausnahmen oft niedriger besteuert als kleinere. Das ist nicht nur ungerecht, sondern laut höchstrichterlicher Rechtsprechung verfassungswidrig. Daher setzt sich das BSW für eine grundlegende Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer ein. Große Vermögen dürfen nicht weiter geschont werden – im Interesse aller und für mehr Gerechtigkeit in unserem Land.

## **Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und faire Arbeit – Positionen und Perspektiven von Gewerkschaftern im BSW**

---

Das BSW ist für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Vermögen ab 25 Millionen Euro mit einem Steuersatz von einem Prozent, ab 100 Millionen von zwei und ab einer Milliarde Euro von drei Prozent.

### **10. Klamme Kassen stoppen, Kommunen den Rücken stärken**

Städte, Gemeinden und Landkreise sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie sorgen für Zusammenhalt, schaffen gleichwertige Lebensbedingungen und treiben die Wirtschaft voran. Sie halten die Daseinsvorsorge am Laufen und investieren in Klimaschutz und Infrastruktur. Ihre Bedeutung ist unersetzlich. Viele Städte, Gemeinden und Landkreise stehen vor einer gewaltigen Herausforderung. Ihre finanzielle Lage ist oft so schlecht, dass sie ihre wichtigen Aufgaben kaum noch erfüllen können, ohne neue Schulden aufzunehmen. Das belastet die Menschen vor Ort und bremst die Entwicklung. Altschuldenregelungen sind ein erster Schritt, doch sie reichen nicht aus, um die Kommunen wirklich zu stärken. Unsere Kommunen brauchen Handlungsspielräume und echte finanzielle Freiheit. Nur wenn sie selbst entscheiden können, wo sie investieren, können sie ihre Zukunft gestalten. Das BSW fordert: Schluss mit klammen Kassen! Wir wollen, dass die Kommunen finanziell so stark werden, dass sie ihre volle Kraft entfalten können, ohne ständig am Limit zu leben. Es ist Zeit, den Teufelskreis der strukturellen Finanzierungsprobleme zu durchbrechen.

### **11. Investieren statt Sparen, für eine starke Zukunft in Sachsen-Anhalt**

Unsere Infrastruktur ist am Limit. Straßen, Schulen, Krankenhäuser und Verkehrsnetze sind marode und verfallen. Wir leben seit Jahren auf Verschleiß. Das rächt sich jetzt. Es ist höchste Zeit, diesen Investitionsstau zu beenden. Die Schuldenbremse zu lockern, ist ein erster wichtiger Schritt, um dringend notwendige Investitionen tätigen zu können. Denn Investitionen sind der Schlüssel für eine starke Wirtschaft, gute Arbeitsplätze sowie für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir fordern deshalb: Die Schuldenbremse muss reformiert werden. Öffentliche Leistungen wie Gesundheit, Wasser und Wohnen müssen dem Gemeinwohl dienen. Ein funktionierender Nahverkehr, erreichbare Krankenhäuser, Einkaufsmöglichkeiten und schnelles Internet sind keine Luxusgüter, sie sind Grundrechte. Mehr Geld muss in Bildung, bezahlbaren Wohnraum, moderne Verwaltung und Infrastruktur fließen. Das BSW fordert, dass Investitionen in Brücken, Straßen, Schienen, Schulen, Wohnungsbau und Netze aus der Schuldenbremse ausgeklammert werden, und der dramatische Investitionsstau, der zum Verfall unserer Infrastruktur führt, ohne weiteren Verzug durch ein großes Investitionsprogramm behoben wird. Nur mit einer Infrastruktur-Garantie für alle Bürger schaffen wir die Grundlage für eine starke Gesellschaft. Dabei gilt: Steuergelder müssen sinnvoll eingesetzt werden. Die Berichte des Landesrechnungshofes zeigen Steuerverschwendung auf. Diese Berichte sind gründlich aufzuarbeiten. Maßnahmen zur Vermeidung weiterer Verschwendungen müssen zügig ergriffen werden. Zugleich setzt sich das BSW für mehr Transparenz der Haushaltsausgaben ein. Wir fordern einen Untersuchungsausschuss zum Intelkomplex. Damit schaffen wir wieder Vertrauen in die Politik.

### **12. Industrie erhalten, Energiepreise senken**

Die Gewerkschafter im BSW bekennen sich klar zum Industriestandort Sachsen-Anhalt. Industrie sichert Arbeitsplätze, schafft Wohlstand und gibt vielen Familien Perspektiven. Wir wollen, dass Industrie in Sachsen-Anhalt bleibt – stark, innovativ und zukunftsfähig. Dafür fordern wir eine aktive Industriepolitik, die nicht zuschaut, sondern handelt. Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke dürfen kein Widerspruch sein. Die Defossilierung und die Dekarbonisierung der Gesellschaft ist notwendig, aber sie muss wieder bezahlbar werden und darf Bürger und Betriebe nicht überfordern. Energiepolitik braucht deshalb eine Wende – für Verlässlichkeit, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit. Strom muss bezahlbar und rund um die Uhr verfügbar sein. Wir setzen uns darum für einen breiten Energiemix ein. Sonne und Wind sind wichtig, aber ohne gesicherte Leistung aus verlässlichen Quellen geht es nicht. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sollen Gaskraftwerke mit staatlicher Förderung über sogenannte Kapazitätsmärkte gebaut werden. Das verteuert jedoch den Strom für alle. Deshalb plädieren wir stattdessen eine Absicherungspflicht für Energieversorger einzuführen. Damit werden Anreize für technologieoffene Lösungen gesetzt. Solange grüner Wasserstoff knapp und teuer ist, müssen auch mit fossilen Brennstoffen betriebene Kraftwerke weiter zur Versorgungssicherheit beitragen. Der Zugang zu CO<sub>2</sub>-Reduktionstechnologien, wie Carbon Capture and Storage und Carbon Capture and Utilization darf deshalb nicht eingeschränkt werden. Steigende Netzentgelte belasten Betriebe und Bürger gleichermaßen. Deshalb fordern die Gewerkschafter im BSW einen Vorrang für Freileitungen, Zuschüsse bei Übertragungsnetzentgelten und eine Kostenverteilung für den Netzausbau nach dem Verursacherprinzip. Wir machen uns stark für einen schnelleren Ausbau intelligenter Stromzähler – damit Einsparungen schneller bei allen ankommen. Mit der Einführung des Emissionshandelssystems II können immense Kosten für alle entstehen. Deshalb müssen schnell Maßnahmen beschlossen werden, die diese Steigerungen abfedern. Nationale Alleingänge, wie das Energieeffizienzgesetz oder Vorgaben, die über EU-Recht hinausgehen, schaden dem Standort Sachsen-Anhalt, belasten die Menschen unnötig und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe. Wir fordern: Zurück zur Vernunft. Solche Sonderwege müssen im Interesse unserer Wirtschaft und der Bürger beendet werden. Das BSW fordert langfristige Importverträge und Verhandlungen mit Russland über Gaslieferungen.

### **13. Neustart für bezahlbaren Wohnraum, Wohnungsnot stoppen**

Ein Dach über dem Kopf darf kein Luxus sein. Nur mit öffentlichem Wohnungsbau entsteht echter Spielraum für bezahlbare Mieten. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Wohnraum knapp. Ein großes Wohnungsbauprogramm legte damals den Grundstein für den Wiederaufbau. Sozialer Wohnungsbau schuf bezahlbare Wohnungen für breite Bevölkerungsschichten. Das Programm brachte Stabilität und stärkte den sozialen Zusammenhalt. Auch heute wächst die Wohnungsnot, steigen Mieten und bezahlbarer Wohnraum wird rar. Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen und Geringverdiener sind dabei besonders betroffen. Heute wie damals muss sozialer Wohnungsbau das Fundament für eine starke, gerechte Gesellschaft sein, die den sozialen Zusammenhalt und Lebensqualität für alle sichert. Die Gewerkschafter im BSW setzen sich deshalb für ein neues, kraftvolles Wohnungsbauprogramm ein, das den sozialen Wohnungsbau massiv stärkt. Gemeinnützige und kommunale Wohnungsunternehmen sind als Motoren des sozialen

## **Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und faire Arbeit – Positionen und Perspektiven von Gewerkschaftern im BSW**

---

Wohnungsbaus gezielt durch höhere staatliche Fördermittel zu unterstützen. Parallel fordern wir klare Anreize für den privaten Eigenheimbau. Eigentum bietet Familien Sicherheit und ist ein wichtiger Baustein gegen Wohnungsnot und Mietdruck. Eigentum darf kein Privileg bleiben, sondern muss für viele erreichbar sein. Der Wohnungsmarkt darf zudem nicht länger Spielball internationaler Finanzinvestoren sein. Wir fordern klare Regeln: Der Erwerb großer Wohnungsbestände durch Finanzinvestoren muss begrenzt werden. Steuerschlupflöcher und Renditeanreize im Immobiliensektor sind konsequent zu streichen.

Stand: September 2025